



Am ersten Mai 1886 riefen ArbeiterInnen in den USA zu Streiks auf, mit dem Ziel, den Achtstundentag durchzusetzen. Als die Streikbewegung rapide um sich griff, nahm auch die polizeiliche Repression zu, mit der Folge, dass die Gewalt eskalierte. Mehr als 200 ArbeiterInnen wurden verletzt, für mehrere Menschen endeten die Ausschreitungen tödlich, auch wenn nie eine offizielle Zahl der Opfer herausgegeben wurde. Mehrere Veranstalter der Protestkundgebungen wurden anschließend festgenommen und vier von ihnen hingerichtet.

Mit der Gründung der Zweiten Internationalen Arbeiterbewegung 1889 wurde der 1. Mai in Gedenken an die Opfer dieses sogenannten „Haymarket Riot“ zum Kampftag der Arbeiterklasse erklärt.

Seitdem ist der 1. Mai der traditionelle Tag der ArbeiterInnen. Weltweit gehen ArbeiterInnen an diesem Tag für ihre Rechte auf die Straße. Auch dieses Jahr bleibt es wichtig, am Tag der Arbeit gemeinsam politisch ein Zeichen zu setzen.

Bis vor wenigen Jahren kämpften auch die ArbeiterInnen in Deutschland noch für höhere Löhne und kürzere Arbeitszeiten. Heute nehmen sie oft niedrigere Löhne und längere Arbeitszeiten in Kauf, um nicht ihren Job zu verlieren. Denn Arbeitslosigkeit heißt in Deutschland inzwischen Hartz 4, schon für sich ein Synonym für Leben am Existenzminimum und damit einher geht soziale Ausgrenzung und immer weiter um sich greifende Verelendung. So lebt beispielsweise schon jetzt eines von zehn Kindern in Armut, Tendenz steigend. Dazu kommt, dass die Aufstiegschancen in höhere Lohnschichten in Deutschland sehr gering sind - und mit jeder Reform des Bildungswesens weiter verringert werden. In Schleswig-Holstein hat die Landesregierung vor kurzem erst, trotz massiven Protestes aus verschiedensten Teilen der Bevölkerung, ein Schulgesetz verabschiedet, in dem die Dreiteilung in Haupt-, Realschule, und Gymnasium durch eine Zweiteilung ersetzt werden soll. Gleichzeitig wird aber der Leistungsdruck auf den Oberstufen der Gymnasien durch Maßnahmen wie das Zentralabitur und der Profileroberstufe erhöht. Im Klartext heißt das: Die „Kompromisslösung“ Realschule wird abgeschafft, weil die Wirtschaft massiv Niedriglöhner, also GemeinschaftsschülerInnen braucht, gleichzeitig aber nicht auf seine gebildeten Elitekräfte verzichten will, also GymnasiastInnen braucht. Wer zu dem Kreis dieser Elite gehören darf, ohne aus dem wohlhabenden Bürgertum zu kommen, das bereits fast ausschließlich die Gymnasien füllt, wird weiter durch Studiengebühren eingeschränkt, die über kurz oder lang wohl im ganzen Bundesgebiet zu finden sein werden. Anknüpfend an die Profileroberstufen an den Gymnasien führt die bundesweite und Fach übergreifende Einführung der BA- und Masterstudiengänge zu einer Verschulung des Studiums mit dem Ergebnis, dass nicht mehr die StudentInnen ihr Studium Interessen gelagert gestalten, sondern die Wirtschaft mit ihren Forderungen und Normen die Studieninhalte bestimmt. Das neue Hochschulgesetz in Schleswig-Holstein legt damit ein Grundstein für die Privatisierung des Bildungssystems, in dem Größen aus der Wirtschaft erstmals die Möglichkeit haben, direkten Einfluss auf die Geschehnisse, auf die Wissenschaft und Lehre an Universitäten zu nehmen.

Das System der Marktwirtschaft konnte im letzten Jahrhundert durch die Erfolge der ArbeiterInnenbewegung gedämpft werden. Wieder wird die Zähmung des ungehemmten Kapitalismus gerne

beschworen, selbst von jenen Kräften, die sonst eher wenig Sympathien für die ArbeiterInnenbewegung haben. Seit über 15 Jahren zeichnet sich jedoch ein Trend ab, der immer mehr Bereiche des sozialen Lebens erfasst und sie der sogenannten „unsichtbaren Hand“ des freien Spiels der Marktkräfte überführt. Meist wird dieses Phänomen als Neoliberalismus bezeichnet und seine AnhängerInnen bewerben dessen angebliche Effizienz und Freiheit, die die Privatisierung öffentlichen Eigentums bedeutet.

Im Zuge der immer schnelleren Globalisierung konnte der Neoliberalismus weitgehende Veränderungen durchsetzen und mit Drohungen von Kapitalflucht Löhne drücken und Arbeitszeiten erhöhen. Die massive Verschuldung des Staatshaushaltes dient ihnen dabei, nicht nur in Deutschland, als bequemes Argument um Dienstleistungen, die sich zuvor in staatlicher Hand befanden, an Unternehmen am Markt zu veräußern – mit verheerenden Folgen für die soziale Lage, ebenso wie die Reformen der Sozialsysteme. Aus Vorurteilen gegen sozial schwächere Schichten und der massiven Kürzung aller Unterstützung für jene, denen der Erfolg im Kapitalismus nicht recht gelingen will, ist es zu verdanken, dass allein das Wort Reform von dem Großteil der Menschen als Kürzung und Rationalisierung verstanden wird.

Dabei ist dieser Vorgang nicht national beschränkt. In der ganzen Welt werden ArbeiterInnen, Erwerbslose und andere Gruppen, die nicht Teil der herrschenden Klasse sind, gegeneinander ausgespielt und mit Drohungen, Ängsten und Polemik ausgetrickst – mit dem Ziel einer zunehmenden Umverteilung von unten nach oben, der Steigerung von Profiten und der abschließenden Absicherung dieser immer größeren Ansammlung wirtschaftlicher Macht.

Dieses globale System wird von den G8, den acht großen Industrienationen, mitgestaltet. Es ist ein informelles Treffen bedeutender Nationen, sowohl militärisch als auch wirtschaftlich, und findet dieses Jahr in Deutschland nahe Rostock in Heiligendamm statt.

Lassen wir uns nicht mehr von den Mächtigen aus Wirtschaft und Politik herumschubsen. Es gibt zu viele Gründe, sich zur Wehr zu setzen und für unsere Rechte offensiv einzutreten. Lasst uns die Barrieren in den Köpfen einreißen und verschiedene Gruppen – seien es SchülerInnen und StudentInnen oder ArbeiterInnen und Erwerblose – zusammenführen und für die Interessen der Anderen sensibilisieren.

**Gegen Sozialabbau, gegen Bildungsabbau!
Für eine gleichberechtigte und selbstbestimmte
Globalisierung von unten im 21. Jahrhundert!**

**1. Mai Flensburg
Südermarkt | 12:30 Uhr
Infotelefon: 0162 / 1985982**

Newsletter zu weiteren Veranstaltungen und der Busfahrt nach Heiligendamm unter:

www.Flensburg-gegen-G8.de

AufrufunterstützerInnen:

- Avanti, Projekt undogmatische Linke
- Freie ArbeiterInnen Union
- Klassenlos, kritische Schülerzeitung
- Junge Grüne
- [solid] sozialistische Jugend
- Linkspartei
- DKP
- GEW Studigruppe Flensburg
- AstA Uni Flensburg

Folgende Gruppen rufen darüber hinaus zur Demo auf:

- Deutscher Gewerkschaftsbund Flensburg
- Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Flensburg
- IG Metall Jugend Flensburg
- Bundesweites Bündnis gegen Bildungsabbau